

Überzeugend?

Anmerkungen zur Berliner Rede des Bundespräsidenten

Von Bundespräsident Herzog ist man schnörkellose Reden gewohnt. Er sagt in der Regel ohne Umschweife, was er denkt, und wie er es denkt und spricht so direkt und unverblümt, wie es ihm sein Amt als oberster Repräsentant des Staates gerade noch erlaubt. Er hat darin alle seine Vorgänger längst übertraffen.

Daß seine Rede vom 26. April – gehalten vor der Crème de la crème der Republik und auf der gesamtdeutschen „Baustelle“ Berlin bestens plazierte – trotzdem nochmal alles übertraf, was man bislang – zumindest an publizistischem Echo – gewohnt war, kann dennoch niemanden überrascht haben. Sie wollte bewußt aufrütteln und hat entgegen manch parteilicher, die Schale mit dem Kern verwechselnden Interpretation ein klares Ziel: die Nation, die Bürger wie die Verantwortlichen in Unternehmen, Verbänden und Institutionen, die Gesellschaft wie die Politik aus drohender Lethargie herauszuführen und dem Land ohne abseitige Visionen erreichbare Zukunftsmargen zu setzen.

Der unmittelbare Anlaß, Klartext zu reden, lag auf der Hand: die Bonner Blockade bei der *Steuerreform*. Sie hatte dem Bundespräsidenten schon Tage vorher, bei seinem Auftritt in Nürnberg die Zornesröte ins Gesicht getrieben. Um so leichter konnte er in Berlin den Ärger darüber in eine präsidiale Philippika über deutsche Miesepeterei verpacken, ohne den Anlaß selbst noch einmal zum Thema machen zu müssen.

Herzog sagte, was er meinte sagen zu sollen: in einer Ansprache mit vielen, aber erkennbaren Adressaten und mit klarer Zielrichtung. Nicht klagen über die immer noch stotternde Konjunk-

tur, nicht vor der Massenarbeitslosigkeit den Kopf in den Sand stecken, sondern die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands selbst in die Hand nehmen durch beherzte Reformen. Das gegenwärtige Grundübel war unschwer auszumachen in der (miserablen) „mental und intellektuellen Verfassung des Standorts“; die in der Gesellschaft festsitzende Unfähigkeit zur Innovation, die längst gravierender sei als Mängel des Finanzstandorts Deutschland oder das Problem der Lohnnebenkosten.

Eine starke Rede fürwahr! Christliche Bußprediger, die es allerdings kaum noch gibt, hätten sich davon ein schönes Stück abschneiden können. Aber auch überzeugend? Gewiß, der Bundespräsident listete sämtliche wunden Punkte, die Deutschland zur Zeit zu einem „neurotischen Standort“ machen (so die „Süddeutsche Zeitung“ vor einiger Zeit) in seltener Länge und Dichte auf: das Land, das in „unvergleichlicher mentaler Depression“ angesichts seines weltweiten und von anderen Ländern bereits bewältigten Umbruchs zurückzufallen drohe; die Verunmöglichung von Reformen durch Bedenkenräger und Totschlag-Argumente; das Versagen der „Eliten“, die den notwendigen Reformen hinterherlaufen und mangels Entscheidungswillen ihre Rolle als Vorbilder nicht zu rechtfertigen vermögen; die Politiker, die sich über Details verzanken und darüber die „große Linie“ nicht mehr finden; die verunsichernde Rolle der Medien, denen Schlagzeilen wichtiger sind als Information.

Als Diagnose war das nicht neu, aber erfrischend unbekümmert. Auch für so manche Forderung des Bundespräsidenten, z. B. zur künftigen Gestaltung der Arbeitswelt und deren Rückwirkungen auf die Familien- und Lebensgestaltung, kann man nur dankbar sein. Wer wagt es schon, höheren Orts, öffentlich und konsequent der Tatsache ins Auge zu sehen, daß Arbeit (Beschäftigung) künftig sehr viel anders aussehen wird als noch in der sich bereits auflösenden Industriegesellschaft, von der wir mental so schwer loskommen: flexibler, wechselhafter,

individueller, mit viel mehr Teilzeitarbeit? Natürlich wird das Volkseinkommen damit nicht exponentiell wachsen, sondern wird auch zwischen Mann und Frau und nicht nur bei der Altersversorgung anders und variabler verteilt werden müssen. Da allerdings machte auch der Bundespräsident halt.

Oder: „Solidarität“, sagt der Bundespräsident, „ist Hilfe für den, dem die Kraft fehlt, für sich selbst einzustehen.“ Aber er sagt nichts dazu, daß in den letzten Jahren gerade bei denen gespart wurde, die sich am wenigsten selbst helfen können (Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger), während die Verschiebebahnhöfe für Subventionen, Steuerbegünstigungen und Sozialtransfers, die mehr dem bürgerlichen Einkommen als der Hilfe für Notleidende dienen, so gut wie intakt geblieben sind und nach wie vor reichlich befahren werden.

Und erst recht ist nach der Weite oder Enge der *Gesamtperspektive* zu fragen, soweit eine solche erkennbar ist. Die Zielrichtung ist eindeutig die *wirtschaftliche Zukunft*. Deutschland soll im Zeitalter der Globalisierung durch beschleunigte strukturelle Anpassung in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Deswegen hinein in die Zukunftsproduktionen mit Arbeitsplätzen von hoher Wertschöpfung. Deswegen auch sollen Bildung und Forschung – wirklichkeitsnah und nicht formal verstanden – zum „Megathema“ werden. Und natürlich: Bildung und lebenslanges Lernen sind in der Wissens- und Informationsgesellschaft die soziale Lebensressource schlechthin. Allerdings ist sein Bildungssystem trotz all der beklagten Schwächen und Längen immer noch einer der größten Standortvorteile Deutschlands. Und ist es gut, Bildung und sei es auch nur indirekt so eindeutig zum Zulieferbetrieb der wirtschaftlichen Zukunft des Landes zu machen?

Sicher ist die Konzentration in der Zielrichtung auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit angesichts der internationalen Herausforderungen und der nationalen Verzagtheiten, mit

denen darauf reagiert wird, höchst legitim und ist die Forderung einer „Gesellschaft der Selbständigkeit“ der dafür plausible Rahmen. Aber müssen wir deswegen so vornehmlich und so hektisch auf die Beschleunigung von Produktionszyklen setzen? Sollen wir uns zu Tode konkurrenzieren?

Natürlich ist Deutschland viel stärker, als es die USA sind, exportabhängig. Aber was ist für ein Gemeinwesen gleichberechtigter Bürger entscheidender: daß dieses im globalen Ringen um Marktanteile Nummer 1, 3 oder 5 ist oder sich als eines erweist, in dem Ressourcen, Chancen und Erträge annähernd gerecht (auch leistungsgerecht) verteilt sind?

Ein Letztes noch. Die gewiß nicht rhetorisch gemeinte Frage des Bundespräsidenten, ob Politik noch fähig ist, Entscheidungen zu treffen, und was überhaupt noch den Gang der Gesellschaft bestimme. Liegt das hauptsächlich an den „dogmatischen Schützengräben“ oder nicht noch viel mehr an der geschriebenen wie an der praktizierten Verfassung? Selbstverständlich ist es unverantwortlich kurzsichtig, bereits anderthalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl nur noch parteidogmatisch bzw. bloß taktisch zu operieren. Aber kann man Parteien in einer kompetitiven Demokratie des Machterhalts und des Machtwechsels verdanken, wenn sie sich Positionen verschaffen, die sie für vorteilhaft halten?

In Deutschland führen nicht nur Parteien viel unechten Streit, sondern es blockieren sich die Verfassungsorgane, Bundestag und Bundesrat, gegenseitig. Will man künftig Selbstblockaden wirklich vermeiden, muß man an das Heiligste gehen, was nach den Grundrechten im Grundgesetz festgeschrieben ist: an die bundesstaatliche Ordnung, nicht um diese abzuschaffen, sondern um sie von einem ungut gewordenen Mitwirkungs- wieder auf einen Kompetenzföderalismus zurückzuführen, der Bund und Ländern gegenseitig mehr Freiheit läßt.

Roman Herzog hat vor etwa fünf Jahren, anlässlich der Vierzigjahrfeier von Baden-Württemberg als „bekennen-

der“ Föderalist eine interessante bundesstaatliche Zuständigkeitsverteilung vorgenommen: 1/3 Brüssel, 1/3 Bonn/Berlin, 1/3 Länder. Ein bißchen schematisch war solche Verteilung – zugegeben, aber doch anregend. Andeutungsweise konkrete Vorschläge, wie die 2/3 zwischen Bund und Ländern ausgestaltet werden könnten, wären vermutlich auch aus dem Munde des Bundespräsidenten willkommen. Oder verletzte dieser damit schon die Regeln institutioneller political correctness? Dann wären allerdings die rhetorischen Leistungen christlicher Bußprediger, gäbe es sie denn, selbst politisch wirksamer als die eindringlichste Rede des Staatsoberhauptes. *se*

Prozeß

Der Deutsche Caritasverband gibt sich ein Leitbild

Rechtzeitig im Jahr der Feier des 100jährigen Bestehens schloß der Deutsche Caritasverband seine Arbeiten an einem sogenannten „Leitbild“ ab. Der Zentralrat stimmte Anfang Mai auf seiner Sitzung in Limburg der über mehrere Jahre hinweg erarbeiteten Beschlußvorlage zu. Zugleich bestätigte der Zentralrat denjenigen, unter dessen Ägide man sich auf das nicht geringe Risiko eines Leitbildprozesses eingelassen hatte, Prälat *Hellmut Puschmann*, für weitere sechs Jahre im Amt des Präsidenten dieses größten deutschen Wohlfahrtsverbandes.

Bei der letzten Vertreterversammlung im Oktober vergangenen Jahres in Schwäbisch Gmünd war der damals vorliegende Entwurf ausführlich beraten worden – „mehr Abstimmung gab es noch nie“, hieß es damals von Caritas-Insidern. Der langjährige Präsident *Georg Hüßler* sprach von einer „Sternstunde der Caritas“. Auf ihrer Frühjahrsvollversammlung stimmte im Februar 1997 dann die Deutsche Bischofskonferenz zu.

Gegenüber früheren Fassungen ist der verabschiedete Text theologischer (in den theologischen Grundlagen heilsgeschichtlicher) geworden, aber deswegen nicht unpolitisch. Dreh- und Angelpunkt der Zielbestimmung ist eine theonom begründete Menschenwürde. Die anwaltschaftliche Aufgabe des Caritasverbandes den Menschen in Not bzw. den Benachteiligten gegenüber, wurde bestätigt. Was den viel diskutierten Bezug zur prophetischen Dimension der Caritasarbeit angeht, hat sich weniger als mehr erwiesen.

Der Text gliedert sich in vier Abschnitte: von den „Zielen und Aufgaben“ über die „theologischen Grundlagen“ bis zum „Organisations-“ und „Leistungsprofil“. In den beiden letztgenannten Abschnitten bekennt sich der Caritasverband zu einem „partizipativen Führungsstil“, zur Professionalität seiner Dienstleistungen sowie zu den unternehmerischen Grundsätzen der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Was die strittige Frage nach der Kirchlichkeit der Caritas-Mitarbeiter angeht, heißt es recht allgemein „Caritasarbeit ist kirchlicher Dienst“. Und: „Es gilt die Grundordnung des kirchlichen Dienstes“. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas sollen darüber hinaus bereit sein, „die in diesem Leitbild formulierten Ziele und Aufgaben mittragen und in ihrer Tätigkeit umsetzen“.

Die hohe Zustimmung, die das Leitbild schlußendlich findet, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich innerhalb des Erarbeitungsprozesses Meinungsverschiedenheiten von einigem Gewicht zeigten. Diese wird man jedoch nicht überbewerten dürfen. Mit der Entscheidung, sich auf diesen Prozeß einzulassen, betrat der Caritasverband Neuland. Nur schon die Frage, was ein Leitbild ist, was hineingehört und was nicht, bot mehr als genug Gelegenheit zu Meinungsverschiedenheiten. Da man die verbandliche Basis ausdrücklich beteiligen wollte, war alles weitere erst recht vorgezeichnet. Im übrigen ist es eine Funktion von Leitbildern dieser Art, Prozesse krea-